

Orientierung Heute

Dr. Hans Penner www.orientierung-heute.de

Bürgerdialog

Guttenberg, Bundesminister Dr. Karl-Theodor Freiherr zu

Schreiben von H.Penner vom 03.10.2010

Sehr geehrter Freiherr zu Guttenberg,

hiermit richte ich die dringende Bitte an Sie, die deutschen Truppen aus Afghanistan abzuziehen. Mir ist zwar bewußt, daß die Anwesenheit der Bundeswehr möglicherweise einen Schutz für Christen in Afghanistan darstellt und eine Wiedererstehung der Diktatur der Taliban verhindert. Die Mehrheit der deutschstämmigen Bevölkerung in unserer Republik hat jedoch offensichtlich kein Verständnis für diesen Bundeswehr-Einsatz. Folgende Gründe sind hierfür maßgeblich:

1. Nach dem Grundgesetz darf die Bundeswehr nur zur Verteidigung Deutschlands eingesetzt werden.
2. Deutschland ist kein Vasallenstaat der USA.
3. Der Krieg zwischen der islamischen Regierung Afghanistans und der islamischen Partisanenbewegung der Taliban ist ein inner-islamischer Konflikt und muß von den islamischen Staaten gelöst werden.
4. Es ist unerträglich, daß Soldaten des christlich-abendländischen Kulturkreises Leib und Leben für den Schutz einer islamischen Regierung riskieren, die unter Mißachtung der Menschenrechte Christen grausam verfolgt.
5. Afghanistan verseucht Europa mit Rauschgift. Viele Menschenleben werden dadurch zerstört. Es ist nicht erkennbar, daß die Bundeswehr die Rauschgiftproduktion in Afghanistan behindert.
6. Es ist nicht erkennbar, daß die Struktur des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr die Chance eines Sieges über die Taliban eröffnet.
7. Den Bundeswehreinsatz in Afghanistan mit der Möglichkeit zu begründen, neue Waffensysteme zu testen, ist moralisch verwerflich.

Ich wünsche Ihnen als Minister einer christlichen Partei Gottes Gnade, den richtigen Weg zu erkennen und Gottes Beistand, trotz aller Widerstände den richtigen Weg zu gehen.

Ich erwarte eine starke Verbreitung dieses Schreibens und würde ihre geschätzte Antwort gerne im Internet mitteilen unter www.orientierung-heute.de/guttenberg.pdf.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

Schreiben von Björn Reich, Büro Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg, vom 07.10.2010

Sehr geehrter Herr Penner,

vielen Dank für Ihren Zuruf an Herrn Dr. zu Guttenberg. Auf Grund der Zuständigkeit habe ich mir erlaubt, Ihr Schreiben in das Bundesministerium der Verteidigung weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen Björn Reich

Schreiben von H.Penner an Björn Reich vom 11.10.2010

Sehr geehrter Herr Reich,

haben Sie vielen Dank für die Weiterleitung meines Schreibens an den Herrn Bundesminister.

Inzwischen habe ich zahlreiche Zuschriften erhalten, welche die Bitte um Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan unterstützen. Wiederum ist ein deutscher Soldat gefallen.

Weithin besteht die Auffassung, daß Deutschland de facto ein Vasallenstaat der USA ist. Die Bundesregierung sollte sich 65 Jahre nach Kriegsende um eine Normalisierung der Beziehungen bemühen.

Ich hoffe auf eine Antwort des Herrn Bundesminister, die ich ins Internet stellen kann

(www.orientierung-heute.de/guttenberg.pdf)

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

Schreiben von P.Schneider, Leiter Einsatzteam Afghanistan, vom 30.10.2010

Sehr geehrter Herr Dr. Penner,

für Ihr Schreiben vom 3.Oktober 2010, in dem Sie ihre Auffassung zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan sowie zum Meinungsbild der deutschen Bevölkerung darlegen und den sofortigen Abzug unserer Truppen aus Afghanistan fordern, danke ich Ihnen. Herr Bundesminister Dr. Freiherr zu Guttenberg hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

In Ihrem Schreiben beziehen Sie sich vor allem auf die öffentliche Meinung der „deutschstämmigen Bevölkerung“, die ihrer Auffassung nach kein Verständnis für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan hat und führen dazu sieben Gründe sehr unterschiedlicher Natur an.

Sie begründen Ihre Forderung nach Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan zum einen mit dem rechtlichen Argument, dass die Bundeswehr gemäß unserem Grundgesetz nur zur Verteidigung Deutschlands eingesetzt werden darf. Der Einsatz der Bundeswehr und das Engagement der Streitkräfte der verbündeten Nationen in Afghanistan beruht auf der anerkannten Grundlage des internationalen Vertrags- und Völkerrechtes.

Gemäß Parlamentsbeteiligungsgesetz vom 18. März 2005 hat der Deutsche Bundestag wiederholt und mit breiter Mehrheit der Abgeordneten dem deutschen ISAF-Beitrag am 26. Februar 2010 zugestimmt. Damit wurde erneut die unmittelbare parlamentarische Legitimation erteilt und das Mandat rechtsverbindlich bis zum 28. Februar 2011 verlängert. Folglich steht der Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan, nach vorherrschender juristischer Meinung, auf einer soliden Rechtsgrundlage und entspricht damit den Normen des Grundgesetzes. Darüber hinaus ist der Einsatz in Afghanistan völkerrechtlich durch eine VN-Sicherheitsresolution legitimiert.

Der Deutsche Bundestag hat den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Assistance Force (ISAF)) in Abwägung der sicherheitspolitischen Interessen, unseres Landes in vollständiger Selbstbestimmung beschlossen und nicht in einer Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten von Amerika (USA).

Afghanistan war bis zum Jahr 2001 die wichtigste Operations- und Trainingsbasis des internationalen Terrorismus. Hier wurden die mörderischen Anschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington geplant. Somit wurde die Sicherheitslage in dieser Region zu einem globalen Problem, zu deren Lösung sich die gesamte internationale Gemeinschaft verpflichtet hat.

Ein stabiles Afghanistan liegt auch im vitalen deutschen Interesse. Die terroristischen Anschläge in Paris, London und Madrid, sowie die im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 veröffentlichten Videobotschaften islamischer Extremisten sind ein Beleg dafür, dass auch Deutschland unverändert Ziel terroristischer Anschläge werden kann.

Das Ziel unserer Anstrengungen ist mehr Sicherheit für Deutschland durch die langfristige Stabilisierung Afghanistans. Ein stabiles Afghanistan, das Terroristen keinen Rückzugsraum wie vor dem 11. September 2001 bietet, in dem die afghanische Verfassung Geltung besitzt, indem staatliche Organe die Sicherheit und die grundlegenden staatlichen Dienstleistungen garantieren können, bedeutet für die ganze Region, aber auch für die Menschen in Deutschland und Europa einen Zugewinn an Sicherheit. Afghanistan kann nur unter Einbeziehung seiner Region, insbesondere seines Nachbarn Pakistan, stabilisiert werden. Die Bundesregierung hat aus diesem Grund von Anfang an ihre Aufmerksamkeit auf die Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit sowie die Stabilisierung Pakistans gerichtet. Die Gebiete entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze stehen dabei besonders im Blickpunkt.

Trotz Fortschritten ist die afghanische Regierung derzeit noch nicht in der Lage, in allen Teilen des Landes eigenständig für Sicherheit und Stabilität zu sorgen. Die Fortsetzung des internationalen Engagements bleibt daher erforderlich, um einen Rückfall Afghanistans in die Zeit der Terrorherrschaft der Taliban zu verhindern. Grundlage hierfür ist neben der entsprechenden Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen insbesondere die Bitte der afghanischen Regierung an die in ihrem Land engagierten Nationen und Organisationen, den Aufbau und die Entwicklung in einem von mehr als 30 Jahren Bürgerkrieg gezeichneten Land auch weiterhin abzusichern und aktiv zu unterstützen.

Für die Bundesregierung ist es auch eine Frage der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit als Bündnispartner und Mitglied der internationalen Gemeinschaft, einen der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Deutschlands entsprechenden Beitrag zur Stabilisierung des Landes zu leisten. Dies entspricht den Grundprinzipien der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, die einem

effektiven Multilateralismus verpflichtet sind. Die Bundesregierung wird daher — trotz der von Ihnen angesprochenen Sparmaßnahmen — die von ihr eingegangenen umfangreichen zivilen und militärischen Verpflichtungen einhalten.

Allerdings kann die internationale Gemeinschaft Afghanistan nicht unbegrenzt mit Sicherheitskräften unterstützen. In zunehmendem Maße muss die afghanische Regierung eigenständig Verantwortung für die Bewältigung der drängendsten Probleme des Landes übernehmen. Dies gilt neben der Wahrung der Sicherheit insbesondere auch bei der Korruptions- und Drogenbekämpfung. Der afghanische Präsident Karzai hat daher im Rahmen der internationalen Afghanistan Konferenzen in London im Januar 2010 und in Kabul im Juli 2010 erklärt, bis Ende 2014 die Sicherheit seines Landes selbständig gewährleisten zu wollen.

Vor diesem Hintergrund wäre ein Abzug unserer Soldaten zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu verantworten. Ich hoffe aber, mit meinen Ausführungen zu mehr Verständnis für unser langfristiges Engagement in Afghanistan beigetragen zu haben.

Mit der Anfang des Jahres beschlossenen Neuausrichtung des internationalen ISAF-Engagements wird der Schutz der afghanischen Bevölkerung noch mehr als bisher die zentrale Aufgabe der internationalen Einsatzkräfte. Das deutsche Einsatzkontingent ISAF wird derzeit neu ausgerichtet und so aufgestellt, dass diese Schwerpunktaufgabe wahrgenommen wird. Dabei ist allen Verantwortlichen klar, dass dies auch zu weiteren Opfern bei unseren Soldatinnen und Soldaten führen kann. In keinem Fall jedoch begründet sich der Bundeswehreininsatz in Afghanistan mit dem Argument, neue Waffensysteme testen zu wollen.

Wie viele Jahre Entwicklungsarbeit noch notwendig* sind, um die bereits jetzt sichtbaren Erfolge zu konsolidieren, werden Sie sicherlich aufgrund Ihrer Erfahrung selber einschätzen können. Diese Arbeit kann aber nur geleistet werden, wenn ein sicheres Umfeld gegeben ist – und dieses sichere Umfeld heute herzustellen, ist eine wichtige Aufgabe der Bundeswehr. Es ist darüber hinaus unmittelbares deutsches Interesse, daß von Afghanistan keine Gefahr mehr für die internationale Sicherheit ausgeht und der Terrorismus Afghanistan nicht wieder als Ruhe- und Rückzugsraum nutzen kann. Dies war seinerzeit der Grund für die deutsche Beteiligung an ISAF, und dieses Ziel gilt es unverändert zu erreichen.

Es bleibt zentrales Anliegen des deutschen Einsatzes in Afghanistan, selbsttragende Sicherheit und funktionstüchtige staatliche Strukturen zu schaffen, als Voraussetzung dafür, dass Afghanistan seine Sicherheitsprobleme selber meistert und sich auf diesem Fundament selbstständig entwickeln kann. Dies ist letztlich Grundlage dafür, dass unsere Soldatinnen und Soldaten sowie die zivilen Helfer Afghanistan verlassen können. Wir beabsichtigen, bereits ab 2011 erste Provinzen in die Sicherheitsverantwortung der Afghanen zu übergeben. Dieser Prozess wird einige Zeit in Anspruch nehmen und kann nur in Zusammenspiel aller Nationen im ISAF-Einsatz umgesetzt werden – auch hier ist Geduld gefordert.

Die internationale Gemeinschaft hat gerade in diesem Jahr mit den Konferenzen in London und Kabul ihre Absicht bestärkt, den begonnenen Weg weiter zu gehen. Es wäre auch vor dem Hintergrund der von Ihnen aufgeführten Opfer unverantwortlich, jetzt überstürzt den Einsatz in Afghanistan abzubrechen.

Ich hoffe dass ich ihnen damit die Grundzüge der Afghanistanpolitik der Bundesregierung näher bringen und ihre Bedenken ausräumen konnte.

Mit freundlichem Gruß Peter Schneider

Schreiben von H.Penner vom 27.01.2011

Sehr geehrter Freiherr zu Guttenberg,

für das in Ihrem Auftrag von Herrn Schneider verfaßte sorgfältige und ausführliche Antwortschreiben danke ich vielmals. Die Fragen, die sicher die betroffenen Soldaten und ihre Angehörigen stellen, sind allerdings noch offen.

Zu fragen ist, ob die Afghanistan betreffenden Vertragsabschlüsse der Bundesregierung mit dem Grundgesetz konfliktieren und nicht doch Ausdruck einer eingeschränkten Souveränität Deutschlands sind.

Zu fragen ist, ob die Bundesregierung über ausreichende geschichtliche und theologische Kenntnisse verfügt, um den real existierenden Islam sachgerecht beurteilen zu können.

Weithin wird nicht verstanden, daß der Islam selbst den vom Westen gemachten Unterschied zwischen Muslimen und Islamisten nicht kennt. "Islamisten" sind in Wirklichkeit Muslime, welche die im Koran für jeden Muslim verbindlich festgelegte Lehre des Mohammed konsequent befolgen.

Für das westliche säkularisierte Denken ist es vollkommen unverständlich, daß im islamischen Kulturkreis die Frage, ob man nach dem Tod in den Himmel kommt, alle anderen Fragen, auch die der eigenen Lebenssicherung, überlagert.

Im Islam gibt es die etwa im Römerbrief des Apostels Paulus für den an Jesus Christus Glaubenden zugesicherte Heilgewißheit nicht. Auch bei aller Befolgung der islamischen Gesetze ist der Zugang zum Paradies ungewiß, weil die islamische Gottheit Allah vollkommen willkürlich über Tod oder Leben des Menschen entscheidet.

Der direkte Weg ins Paradies ohne Zwischenstadien wird im Koran jedoch denjenigen verheißen, die im Kampf für die Sache Allahs ihr Blut vergießen. Muslime, die sogenannte "Selbstmordattentate" verüben, sind in Wirklichkeit alles andere als Selbstmörder. Es sind konsequente Muslime, die für das ewige Leben im Paradies ihr Blut im Kampf für den Islam vergießen. Bekämpft werden muß jeder "Ungläubige", vor allem die Christen, weil der Christusglaube für den Islam eine todeswürdige Gotteslästerung ist.

Aus diesen Überlegungen folgt, daß der Bundeswehreinsatz in Afghanistan von vollkommen falschen Vorstellungen ausgeht. Der islamische sogenannte "Terrorismus" kann niemals mit den der Bundeswehr zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden.

Hinzu kommt die Illusion der Bundesregierung, in einem Land mit überwiegend konsequent islamischer Bevölkerung könnten demokratische Rechtsverhältnisse etabliert werden. Die Bundeswehr schützt eine islamische Regierung, die Christen verfolgt.

Schließlich muß gefragt werden, ob es Aufgabe der Bundeswehr ist, 90 Prozent der Welt-Opiumproduktion zu schützen.

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner